

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Bericht aus USA

Wirtschaftslage

Es mehren sich die Anzeichen, daß die seit sechs Jahren ununterbrochen steigende Konjunktur ihrem Ende zugeht. Zwar ist das GNP (Nationales Gesamtprodukt) 1966 noch recht erheblich, nämlich um 8 vH auf 737 Md. Dollar gestiegen (davon war allerdings nur etwa die Hälfte echte Zunahme, der Rest lediglich Preissteigerung). Aber seit dem Herbst 1966 ist die industrielle Produktion nicht mehr angewachsen, sondern hält sich auf einem Plateau. Bis zum Frühjahr 1966 war die Konjunktur von einer beachtlichen Preisstabilität begleitet gewesen. Die Großhandelspreise für Industrieprodukte hatten sich wenig verändert; die Lebenshaltungskosten stiegen zwar infolge der steigenden Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen, aber im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 1,5 bis 2 vH, weit weniger als in anderen Industriestaaten.

Im Frühjahr 1966 begann die Konjunktur zu galoppieren: die Großhandelspreise stiegen plötzlich um etwa 3 vH; die Vorratskäufe nahmen wie immer in einer solchen Situation stark zu und trieben ihrerseits die Preise hinauf. Gleichzeitig stiegen die Kapitalinvestitionen um 17 vH auf eine Rekord-Jahresrate von 64 Md. Dollar. Das alles führte wiederum zu einer Knappheit auf dem Kapitalmarkt, zur Erhöhung der Zinssätze und zu einer deflationären Kreditpolitik der Federal Reserve Bank.

Die *Johnson*-Regierung griff erst nach langem Zögern im Spätherbst 1966 steuerpolitisch ein und beschränkte sich auf die zeitweilige Aufhebung von Steuervergünstigungen für Kapitalinvestitionen. Zu diesem Zeitpunkt war aber der Höhepunkt der Konjunktur bereits überschritten, die Investitionspläne der Unter-

nehmen ohnedies nach unten revidiert. Die Maßnahme, welche im Frühjahr eine nützliche Bremswirkung gehabt hätte, verpuffte nun ohne erhebliche Wirkung und verstärkte eher die ohnedies rückläufigen Tendenzen in der Konjunktorentwicklung.

Mit der inzwischen eingetretenen Stabilisierung der Großhandelspreise ist für die nächsten Monate mit einem raschen Abbau der Lagerbestände zu rechnen. Die Kapitalanlagen werden sich 1967 etwa auf dem Niveau des Vorjahrs halten, vielleicht sogar etwas fallen. Der Wohnungsbau war schon 1966 um etwa ein Drittel gesunken infolge der Knappheit und der hohen Zinssätze für Hypothekengelder. Die Automobilindustrie, von der direkt und indirekt über ein Zehntel der amerikanischen Wirtschaft abhängt, leidet unter einer gewissen Absatzstockung. Diese — sich zum Teil wechselseitig verstärkenden — Faktoren lassen eine etwa fünfprozentige Senkung der industriellen Produktion ab Mitte 1967 als wahrscheinlich erscheinen.

Als stabilisierende Faktoren wirken dagegen vor allem das unverändert hohe für den Konsum zur Verfügung stehende Einkommen sowie die Regierungsausgaben, darunter in erster Linie die Rüstungsausgaben, die im Etatjahr 1966/67 über 60 Md. Dollar betragen werden. Selbst für diese letzteren wird aber für 1967 keine weitere nennenswerte Steigerung erwartet, und das politische Klima im neuen Kongreß ist einer wesentlichen Erhöhung der Sozialausgaben keineswegs günstig.

Die Finanzwelt drängt bis vor kurzem noch auf eine allgemeine Steuererhöhung zur Deckung des zu erwartenden Budget-Defizits. Ihr wäre eine kleine Rezession mit Erhöhung der Arbeitslosigkeit wohl gar nicht unlieb. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß die Regierung in einer ohnedies rückläufigen Konjunktur zu einem solchen deflationären Schritt greifen wird. Außerdem ist die Industrie mit ihrer durch die Expansion der letzten Jahre stark erweiterten Produktionskapazität an einem stabilen Absatzmarkt interessiert, um so mehr, als auch der Export neuerdings eine Abschwächung erfuhr.

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten stieg 1966 noch um etwa eine Million, die Arbeitslosenrate hielt sich ständig unter 4 vH, sank im November auf 3,7 vH. Hinter dieser Zahl verbirgt sich freilich ein viel höherer Prozentsatz der ungelerten Arbeiter einerseits und andererseits ein Mangel an Facharbeitern und verschiedenen Kategorien von Angestellten und Technikern. Für 1967 ist wohl mit einer leichten Steigerung der Arbeitslosigkeit auf 4 bis 4,3 vH zu rechnen (nicht zuletzt infolge eines

geringeren Einzugs von Soldaten) sowie mit einem Abbau der Überstunden. Das bedeutet eine gewisse Senkung des Lohneinkommens, die aber andererseits durch Lohnerhöhungen einigermaßen wettgemacht werden dürfte. Die Löhne hatten sich ebenfalls während der letzten Konjunkturjahre sehr stabil gehalten, mit dem Ergebnis, daß sich der Lohnanteil an den Produktionskosten senkte. Erst vom Sommer 1966 an begannen die Löhne aufzuholen, zumindest in den gewerkschaftlich gut organisierten Industrien, und die Tarifverträge der letzten Monate sahen eine Erhöhung der Löhne und Randvergünstigungen zwischen 5 und 10 vH vor. Für die unorganisierten Gewerbebezüge wird die Erhöhung des Mindeststundenlohns auf 1,40 Dollar eine ähnliche Wirkung haben, und damit dürften sich die Reallöhne wenigstens stabil halten, freilich nur unter der Bedingung, daß die Lebensmittelpreise nicht weiter steigen und daß sich die durchschnittliche Arbeitswoche nicht wesentlich senkt. Ob die in verschiedenen wichtigen Industriezweigen 1967 fälligen Tarifverhandlungen trotz rückläufiger Konjunktur die 1966 erungenen Lohnerhöhungen werden fortsetzen können, bleibt abzuwarten. Kennzeichnend war übrigens im vergangenen Jahr, daß in verschiedenen Tarifverhandlungen die Gewerkschaftsführung von den Mitgliedern desavouiert wurde; die dadurch durchgesetzten höheren Lohnforderungen gingen wesentlich über die von der Regierung ursprünglich gesetzten Richtlinien hinaus.

Gewerkschaften

Das positive Ereignis im Jahre 1966 betraf nur eine verschwindend kleine Zahl von Arbeitern, ist aber potentiell von erheblicher Bedeutung: die Organisierung kalifornischer Landarbeiter in einigen landwirtschaftlichen Großbetrieben. Diese Arbeiter, meist Mexikaner und Neger, gehörten zu den am schlimmsten ausgebeuteten, rechtlosen Kulis in einer von skrupellosen Unternehmern beherrschten „Industrie“, die vielfach die örtlichen Behörden kontrolliert. Unter der oft unorthodoxen Führung des tapferen *Cesar Chavez*, unterstützt finanziell hauptsächlich von einzelnen Gewerkschaften (z. B. Auto) und von liberalen Gruppen im ganzen Land, moralisch u. a. durch katholische Geistliche, mit Hilfe schließlich einer wirkungsvollen Boykottbewegung wurde ein jahrelanger Kampf und monatelanger Streik in einigen Schlüsselbetrieben siegreich beendet. Ob die Position unter dem neuen reaktionären kalifornischen Gouverneur *Ronald Reagan* weiter ausgebaut werden kann, muß sich freilich erst zeigen. Die Farmindustrie hat sicher zu seinem Wahlfonds ihr Scherflein beigetragen.

Andere Streikbewegungen stießen auf geringere Publikumsympathie, vor allem auf Ge-

bieten der öffentlichen Dienste (Flug- und Autobuslinien, Zeitungen). Hier zeigte sich eine zunehmende Entfremdung der betreffenden Gewerkschaften von der öffentlichen Meinung, die sich für die gewerkschaftliche Entwicklung im ganzen sehr schädlich auswirken kann. Dies zu einer Zeit, wo die Erfassung vor allem der Angestellten und Techniker eine brennende Aufgabe geworden ist.

Eine erste mittelbare Auswirkung war wohl die Niederlage verschiedener gewerkschaftsfreundlicher Senatoren und Abgeordneten in den Novemberwahlen. Eine andere Wirkung ist die Entfremdung der radikalen Negerorganisationen, für die die Gewerkschaften einen Teil des weißen „Establishment“ darstellen, von dem die arbeitslose oder auf ungelernete Jobs beschränkte Negerjugend nichts zu erwarten habe.

Kein Wunder, daß diese und andere problematische Entwicklungen auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu erheblichen Spannungen geführt haben. Die Näfte der vor 12 Jahren mühevoll hergestellten Einheit beginnen zu platzen. Die Leitung der AFL-CIO, dominiert von dem 72jährigen *Georg Meany*, hat sich den meisten dieser Probleme gegenüber stumpf und phantasielos gezeigt. Wo sie reagierte, hinkte sie oft der Entwicklung nach, etwa in der Negerfrage. *Walter Reuther*, der den Problemen offener gegenübersteht und die Gefahren sieht, die den Gewerkschaften drohen, wenn sie sie weiterhin ignorieren, hat offenbar die Zeit zu einer offenen Auseinandersetzung für gekommen erachtet. Sein erster Vorstoß erfolgte — vielleicht törichterweise — auf dem Gebiet der Außenpolitik, für die der Durchschnittsarbeiter wenig Interesse und Verständnis aufbringt. Für Meany erschöpft sie sich weitgehend in einem sterilen Antikommunismus des kalten Krieges, der von den Veränderungen im kommunistischen Lager seit dem *Tod Stalins* kaum Notiz nimmt und rechts von *Johnson-Rusk*, von der katholischen Kirche und von den klügeren Unternehmerkreisen steht. Reuthers Vorstoß im Spitzengremium der AFL-CIO war schlecht vorbereitet und völlig erfolglos.

Nun hat Reuthers Autogewerkschaftsvorstand in einem internen Brief an alle lokalen Organisationen die Gründe seiner Meinungsverschiedenheiten mit Meanys Führung detailliert. Sie erstrecken sich auf fast alle wichtigen, die Gewerkschaften berührenden Fragen, von denen hier nur die wichtigsten Punkte erwähnt werden können: engstirnige und negative Haltung in der Außenpolitik; Bequemlichkeit und Beharrung auf dem Status quo, Mangel an Dynamik und sozialem Weitblick in der gewerkschaftlichen Organisation.

Ein positives Programm müsse umschließen: energischen Willen zur Erfassung der Unorganisierten, vor allem auch unter den An-

gestellten und Technikern; Entwicklung einer verantwortlichen Gesamtlohnpolitik auf nationaler Ebene; konstruktives Programm für lebenswichtige Betriebe des öffentlichen Dienstes, das Streiks in diesen Gebieten unnötig macht; Gewinnung der Unterstützung der breiten Öffentlichkeit durch schöpferische Führung; Einschaltung der Gewerkschaften in die Bemühungen auf allgemeinen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrt (Erziehungswesen, Gesundheitswesen, Pflege der Naturschätze usw.); Mitarbeit im Kampf gegen die Armut und Durchführung der Gleichberechtigung in den eigenen Reihen; engere Zusammenarbeit mit den historischen Verbündeten unter den liberalen Intellektuellen, den Universitäten und der Jugend, sowie mit der internationalen Gewerkschaftsorganisation; Wiederherstellung einer offenen, schöpferischen Diskussion aller Probleme in den obersten Gewerkschaftsgremien. Reuthers Bericht will offenbar eine solche Diskussion von unten her aufrollen; er kündigt ein konstruktives Aktionsprogramm für die Gewerkschaftsbewegung an. Es fragt sich, wie weit er und Meany die Auseinandersetzung zu treiben gewillt sind. Sie kann zu einer nützlichen Belebung der Bewegung, sie könnte aber auch zu einer erneuten Spaltung der Gewerkschaften führen. Ob diese notwendigerweise auch eine Schwächung darstellen würde, ist eine andere Frage.

Politik

Man muß diese innergewerkschaftlichen Vorgänge im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Entwicklung sehen. Es ist kennzeichnend, daß in Reuthers Bericht der *Vietnamkrieg* nicht erwähnt ist — auch die Autogewerkschaft ist zur Erreichung ihrer Ziele auf das Wohlwollen der Bundesregierung angewiesen. Dies um so mehr, als die Wahlen die Niederlage von etwa 30 gewerkschaftsfreundlichen liberalen demokratischen Abgeordneten brachten, und damit eine entscheidende Stimmenverschiebung zugunsten der Koalition von Republikanern und konservativen Demokraten. Das bedeutet, daß das Sozialprogramm im neuen Kongreß auf starke Widerstände stoßen wird, um so mehr als sich im Land eine allgemeine Stagnation bemerkbar macht. Sie ist teilweise ein Ausdruck der Verwirrung und Frustrierung durch den Vietnamkrieg, der trotz zunehmendem Einsatz zu keinen greifbaren Resultaten führt, weder militärisch noch diplomatisch. Außerdem verschlingt der Krieg einen erheblichen Teil der Mittel, die für die diversen Sozialprogramme nötig waren: Armutsbekämpfung, Großstadtbereinigung, öffentliches Verkehrswesen, Durchführung der Civil Rights-Gesetze.

Der Vietnamkrieg lastet so, in verschiedener Weise, auf fast allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Doch soll man sich nicht

täuschen: er wird in seinem gegenwärtigen Umfang von einer breiten Mehrarbeit getragener beziehungsweise ertragen; nur eine Minderheit ist für bedingungslosen Rückzug oder schrankenlose Erweiterung. Das steht nicht im Widerspruch zu dem Unbehagen, das dieser ausweglos erscheinende Einsatz hervorruft und das die Republikanische Partei im Wahlkampf nach beiden Richtungen hin auszuwerten verstand. Das Wahlergebnis zeigt übrigens, daß sie als Partei längst nicht so tot ist, wie sie manchen nach dem *Goldwater-Debakel* vor zwei Jahren erschien, einem Fehltritt, wie er ihr so schnell nicht wieder unterlaufen dürfte.

Umgekehrt hat sich das Prestige Johnsons, nach seiner Wahl 1964 und nach seiner erfolgreichen Sozialgesetzgebung von 1965 scheinbar grenzenlos, als durchaus verwundbar erwiesen. Es ist freilich, je länger dieser dauert, desto mehr mit dem Verlauf und Ausgang der Vietnam-Campagne verknüpft. Allem gegenteiligen Augenschein zum Trotz, ist dabei die Tür zu Verhandlungen und zu einer De-Eskalierung auch heute noch nicht verschlossen, auch wenn der Friede oder auch nur ein allgemeiner Waffenstillstand noch in weiter Ferne steht. Darum wäre es verfehlt, wollte man Johnson und seine künftigen politischen Aussichten lediglich auf Grund der augenblicklichen Stimmung abschätzen.

Deswegen sind auch *Robert Kennedys* Pläne und Aussichten noch im dunkeln. Er ist zweifellos der beliebteste und populärste Politiker, besonders bei der Jugend, und an intellektueller Offenheit gegenüber den Problemen der Zukunft ist er den meisten seiner Kollegen weit überlegen. Ohne mit Johnson zu brechen, hat er sich genügend von dessen Außenpolitik distanziert. Aber falls Johnson sich, wie erwartet, im nächsten Jahr zur Wiederwahl stellt, wird Kennedy seine weitergehenden politischen Pläne ein paar Jahre zurückstellen müssen. Er ist jung genug, um solange warten zu können.

Günter Eckstein, New York

Deutsche und libanesischen Gewerkschaften arbeiten zusammen

Eine erfreuliche Entwicklung nahm die Bildungsarbeit in den libanesischen Gewerkschaften im Verlaufe des vergangenen Jahres. Nachdem die *Friedrich-Ebert-Stiftung* ihr ständiges Büro in Beirut eröffnet hatte, konnte *H. Matthiesen*, der dieses Büro leitet, das erste von vorerst sechs geplanten Seminaren im November 1966 durchführen. 30 Delegierte der fünf libanesischen Gewerkschaftsverbände sowie einiger anderer Gewerkschaften nahmen daran teil. Das Seminar diente zunächst der engeren Kontaktaufnahme der Gewerkschafter

untereinander und der Diskussion gewerkschaftstechnischer Fragen. Angebahnt wurde auch der Kontakt der Gewerkschaften zur Presse und zur Wissenschaft, d. h. zu den Universitäten, um die Diskussion über gewerkschaftliche Fragen in die breitere Öffentlichkeit zu tragen. Die Zeitschrift der Friedrich-Ebert-Stiftung *Al-Ihlam* (L'Information) hrsg. vom Beuruter Büro in französischer und arabischer Sprache, steht bereits seit Beginn des Jahres 1966 für diese Zwecke zur Verfügung.

Die Arbeit der Gewerkschaften im Libanon leidet unter einer gewissen Zersplitterung. Auf Grund des Arbeitsgesetzes von 1946 können laut Artikel 83 in jedem Berufszweig Gewerkschaften von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern gegründet werden. Artikel 86 des genannten Gesetzes sieht lediglich vor, daß zur Gründung die Zustimmung des Ministeriums für Arbeit und soziale Fragen eingeholt werden muß. Diese Genehmigung wurde aber bisher stets ohne größere Schwierigkeiten erteilt, so daß heute über 90 Berufs- oder Unternehmensgewerkschaften im Libanon bestehen. Die Arbeitnehmergewerkschaften haben sich in fünf Gewerkschaftsverbänden zusammenschlossen. Es sind dies:

Ligue des Syndicats des Ouvriers et Employés dans la République Libanaise (Mitglied des IBFG, 18 Gewerkschaften)

Syndicats Independants (die sich 1954 von der Ligue losgelöst haben, 11 Gewerkschaften)

Syndicats Unis du Liban (Mitglied des IBFG, 21 Gewerkschaften)

Syndicats du Liban Nord (Mitglied der ICATU = International Confederation of Arab Trade Unions, 14 Gewerkschaften)

Syndicats des Pétroliers — Shell and Mobil Oil (11 Gewerkschaften).

Politische Tätigkeit oder die Teilnahme an politischen Kundgebungen ist den Gewerkschaften nach dem geltenden Recht verboten. Man kann aber dennoch verschiedene politische Richtungen der Gewerkschaften unterscheiden. So vor allem Gewerkschaften, die dem IBFG angehören, unabhängige Gewerkschaften, die sich 1954 vom IBFG gelöst haben, Gewerkschaften, die dem Weltgewerkschaftsbund angehören und Gewerkschaften, die der ICATU angeschlossen sind, einer panarabischen Bewegung, die die Realisierung des Sozialismus iVasser'scher Prägung anstrebt.

Aus propagandistischen Gründen gibt keine Gewerkschaft ihre Mitgliedszahlen öffentlich bekannt. Als stärkster Gewerkschaftsbund wird jedoch SUL (Syndicats Unis du Liban) angesehen.

Aber nicht nur politische Differenzen erschweren die Gewerkschaftsarbeit im Libanon, der auf Grund seiner demokratischen, liberalen Staatsform und des westlichen Wirtschaftsystems häufig als „Schweiz des Nahen Ostens“

bezeichnet wird. Auch die konfessionellen Unterschiede, die das politische Leben des Landes stark prägen, spielen in den Gewerkschaften eine große Rolle. Wie im Parlament, wo die Sitze nicht unter den politischen Parteien, sondern unter den bedeutendsten Glaubensgemeinschaften im Verhältnis zu ihrer Stärke aufgeteilt werden, so ist auch für die Mitgliedschaft in den einzelnen Gewerkschaften die konfessionelle Zugehörigkeit ein entscheidender Faktor.

Die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Libanon ist darauf gerichtet, die bestehenden Spannungen durch sachliche politische und wirtschaftliche Informationen zu mildern, gewerkschaftliche Ausbildung zu fördern, das intergewerkschaftliche Gespräch zu beleben und die Gewerkschaftsprobleme in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. In diesem Sinne darf das erwähnte Seminar, an dem erstmals Vertreter aller gewerkschaftlichen Richtungen gemeinsam teilnahmen, als gelungener Anfang einer erfreulichen Zusammenarbeit gesehen werden. Auch die Delegation von 15 Gewerkschaftsführern aus verschiedenen libanesischen Gewerkschaften, die im November und Dezember 1966 den DGB besuchte und Verbindung zu verschiedenen Einzelgewerkschaften aufnahm, war ein weiterer Schritt auf diesem Wege.

Ingrid Heidermann

TAGUNGEN

Automation und Angestellte — Bundestagung des DGB

Seit mehr als zehn Jahren beschäftigen sich Experten des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* mit den möglichen sozialen Konsequenzen des technischen Fortschritts, einer dynamischen Entwicklung, die sich heute insbesondere in der Form der Automation durchzusetzen beginnt. Vor allem die *IG Metall* war es, die auf diesem Gebiet Pionierarbeit leistete. Mit ihrer zweiten Internationalen Automationstagung im Frühjahr 1965 in Oberhausen gab sie ein Beispiel, das zwar weltweite Beachtung fand, in der Bundesrepublik jedoch bei der damaligen, auch in dieser Lage erschreckend passiven Regierung und den leitenden Herren der Arbeitgeberverbände ohne nachhaltiges Echo blieb. In diesen Kreisen herrschte nach wie vor die Meinung, alles regle sich am besten, wenn man der Entwicklung freien Lauf ließe. Diese Haltung gegenüber der dynamischen Entwicklung moderner Verfahrensweisen in Produktion und Verwaltung zeitigt schon nachteilige Folgen. So stek-

ken hierzulande beispielsweise die Forschungen über zukunftsorientierte Berufsausbildung, Arbeitsmarktanpassung und mögliche soziale Folgen der Automation noch in den Kinderschuhen. Alle beschwörenden Appelle des DGB, dieser Misere möglichst bald wirksam zu begegnen, fruchteten bislang wenig. Allzu langsam werden erste kleine Schritte gewagt.

So stellte sich die Situation dar, als Anfang Dezember 1966 der DGB in Bonn seine Bundestagung „Automation und Angestellte“ durchführte. Über 500 Vertreter der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Angestellten berieten hier in vier Arbeitsgruppen wichtige Fragen der technischen Entwicklung und der daraus resultierenden Situation der Angestellten. Behandelt wurden die Themen: Gehalt und Aufstieg; Personelle Veränderungen; Veränderung der Arbeitsanforderung und Tätigkeitsstrukturen; Information und Mitwirkung. Als Grundlage der Diskussionen dienten Untersuchungen, die wissenschaftliche Berater für diese Automationstagung erarbeitet hatten.

Die Ergebnisse der Beratungen überraschten nicht; aber sie faßten sehr präzise zusammen, wie sich gegenwärtig die Situation darstellt. So ergaben sie damals, daß wegen technisch-organisatorischer Veränderungen bislang in der Bundesrepublik nur selten Angestellte entlassen werden mußten. Die bisher günstige konjunkturelle Situation trug dazu bei, ebenso wie die von den Gewerkschaften durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen. Jetzt allerdings mehren sich die Anzeichen, daß es auch bei den Angestellten zu Freisetzungen kommt; betroffen davon dürften insbesondere weibliche und ältere Angestellte sein.

Verantwortung und Weisungsbefugnis werden zunehmend zentralisiert. Dadurch verringern sich die Aufstiegchancen der Angestellten in mittleren Positionen. Wer künftig in der Hierarchie „oben“ sein möchte, der wird eine sehr qualifizierte Grundausbildung nachweisen müssen und sich systematisch weiterzubilden haben. Setzt zudem dieser Aufstieg nicht relativ früh ein, wird der Anschluß verpaßt. Kaum mehr eine Chance, beruflich aufzusteigen, dürften vor allem die Mehrzahl der weiblichen Angestellten und der älteren Angestellten mit traditionellen Sachbearbeiterfunktionen haben.

Es zeichnet sich ab, daß die neue technisch-organisatorische Entwicklung Personaleinsparungen in größerem Umfang besonders bei verhältnismäßig einfachen Tätigkeiten in Büro und Verwaltung ermöglicht. Einseitige und eintönige hohe nervliche Belastungen werden die verbleibenden Tätigkeiten in diesem Bereich erschweren.

In der betrieblichen Praxis fehlt es vor allem noch an der ausreichenden Information der Angestellten vor und während notwendiger

Umstellungen. Das gilt vielfach auch für die Angestelltenvertreter in den Betriebs- und Personalräten. Hinzu kommt, daß sowohl das Betriebsverfassungsgesetz als auch das Personalvertretungsgesetz Mitbestimmungsbefugnisse der Arbeitnehmervertreter für den Bereich „technischer Fortschritt“ ausdrücklich ver-

Zehn gewerkschaftliche Thesen

Zu dem wichtigen Fragenkomplex „Gehalt und Aufstieg“ formulierten die Delegierten im Arbeitskreis 1 die folgenden zehn Thesen, die zusammenfassen, was den Gewerkschaften auf diesem Gebiet besonders vordringlich erscheint:

1. Die Befürchtungen eines großen Teils der Angestellten, als Folge der organisatorischen und technischen Entwicklung vor der Gefahr relativer oder absoluter Gehaltseinbußen zu stehen, sind durchaus begründet.

2. Die Mehrzahl der von solchen Einkommensverlusten bedrohten Angestellten kann sich mit individuellen Mitteln gegen diese Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz nur unzureichend oder gar nicht zur Wehr setzen.

3. Zu ihrem Schutz sind deshalb kollektivrechtliche Einkommens- und Statussicherungen erforderlich.

4. Diese Sicherungen in Form von Gehalts- und Statusgarantien bei Umsetzungen oder Veränderungen am Arbeitsplatz, Ausgleichszahlungen bei unvermeidbaren Entlassungen oder langfristigen, nicht korrigierbaren Abgruppierungen sowie Sicherung der Gehaltsweiterzahlung bei notwendigen Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen müssen getroffen werden a) durch Betriebs- und Dienststellenvereinbarungen, dort wo es um die Bewältigung spezieller, auf einen Betrieb, ein Unternehmen oder eine Verwaltung beschränkte Schwierigkeiten geht; b) durch Tarifvertrag in Form von Rationalisierungsklauseln in den Mantel-, Rahmen- und Gehaltstarifverträgen bzw. Rationalisierungsverträgen zur Regelung aller Probleme, die sich im Rahmen eines Wirtschaftszweiges in der Zuständigkeit und dem Leistungsvermögen der Tarifparteien bewältigen lassen; c) durch Gesetz zur Bewältigung aller Probleme, die den Rahmen eines Wirtschaftszweiges, die Kompetenz der Tarifparteien oder deren Leistungsfähigkeit übersteigen.

5. Die Angestelltentarifverträge sind so umzugestalten, daß sie den durch Technisierung und organisatorische, wirtschaftliche Veränderungen geschaffenen Anforderungen und Qualifikationsstrukturen gerecht werden. Dabei ist eine stärkere Berücksichtigung der persönlichen Qualifikation der Angestellten anzustreben.

6. Die Karriereerwartung, die bisher die persönliche Lebensgestaltung und das Verhalten

der Angestellten wesentlich beeinflusst hat, erweist sich infolge der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung für immer größere Angestelltingruppen als Fiktion.

7. Die darauf aufgebaute Gehaltssystematik der Tarifvertragsstruktur mit relativ niedrigen Anfangsgehältern, Altersgruppierungen bis über das 30. Lebensjahr hinaus und andere auf den beruflichen Aufstieg als Normalfall aufgebaute Kriterien werden diesen Verhältnissen nicht mehr gerecht. Die Tarifverträge der Angestellten müssen unter diesen Umständen künftig Anfangsgehälter garantieren, die der erforderlichen Vor- und Ausbildung gerecht werden und eine Einkommensskala schaffen, die ausschließlich durch Qualifikation, Leistungs- und Arbeitseffekt bestimmt wird.

8. Den Betriebs- und Personalräten müssen unmittelbare Mitwirkungs- und Kontrollrechte bei der Durchführung der Tarifverträge in den Betrieben und Verwaltungen durch Gesetz und/oder durch Tarifverträge gegeben werden.

9. Die nur annähernd als gerecht empfundene Besetzung der in den Betrieben und Verwaltungen freiwerdenden Aufstiegsstellen erfordert ein durch Betriebs- und Dienststellenvereinbarung geregeltes Verfahren der Stellenausschreibung und Stellenbesetzung unter Mitwirkung der Betriebs- und Personalräte.

10. Die fachliche Position und die Konkurrenzfähigkeit der im Beruf befindlichen Angestellten ist durch Maßnahmen auf betrieblicher, tarifvertraglicher und gesetzlicher Ebene mit allen Mitteln zu fördern.

Schlußfolgerungen für die Gewerkschaften

Doch die Gewerkschafter des DGB beschränkten sich nicht auf Appelle an ihre Tarifvertragspartner und den Gesetzgeber. So hob der Angestelltensekretär des DGB, *Wilhelm Rothe*, in seinem zusammenfassenden Bericht über die Tagung hervor, daß die Gewerkschaften den neuen Verhältnissen nicht gewachsen sein können, wenn sie nicht bereit sind, Folgerungen für sich selbst zu ziehen. Drei Probleme müßten vor allem gründlich durchdacht werden:

„1. Worauf sind die Passivität und das mangelnde Informationsinteresse erheblicher Teile der Angestelltenschaft gegenüber dem technisch-organisatorischen Wandel im Büro zurückzuführen? Diese Einstellung vieler Angestellten macht es nicht nur den Gewerkschaften — jenseits der ihnen gezogenen rechtlichen Grenzen — sehr schwer, auf den Prozeß des technisch-organisatorischen Wandels einzuwirken; darüber hinaus besteht die akute Gefahr, daß diese Angestelltingruppen, wenn sie von Freisetzungen und anderen nachteiligen Folgen

dieser Entwicklung betroffen werden, in einer Weise reagieren, die den Fortbestand der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik bedroht. Was können und müssen die Gewerkschaften tun, um diese Passivität — die oft nur eine Form der Resignation ist — zu überwinden?

2. Wie müssen unter den neuen Bedingungen, die sich ja ständig verändern werden, die gehaltsrechtlichen und sonstigen Bestimmungen der Tarifverträge aufgebaut sein? ...

3. Welche innerorganisatorischen Maßnahmen sind notwendig, damit die Gewerkschaften im Betrieb und außerhalb des Betriebes in die Lage versetzt werden, aktiv auf den Prozeß technisch-organisatorischen Wandels einzuwirken? Ist es nicht geradezu gefährlich, so wie bisher diesen Prozeß unbeeinflusst ablaufen zu lassen und höchstens einen Teil der betroffenen Angestellten durch Schutzmaßnahmen gegen die schlimmsten Konsequenzen abzusichern? Setzt dies nicht auch ... Umstellungen in Auswahl und Ausbildung unserer Funktionäre voraus und beträchtliche Veränderungen in der Form der Zusammenarbeit zwischen betrieblichen Angestelltenvertretern und ihrer Gewerkschaft?“

Damit war ein Fragenkatalog erstellt, der für die künftige Arbeit der Gewerkschaften wichtige Anregungen gibt. Gewiß, der DGB hat durch eigene Fortbildungseinrichtungen, wie z. B. die *DGB-Bundesfachschule für maschinelle Datenverarbeitung*, versucht, beispielgebende Institutionen für eine zeitgerechte Berufsbildung zu schaffen. *Werner Hansen*, Vorstandsmitglied und Leiter der Abteilung Angestellte im DGB, wies vor den Konferenzteilnehmern darauf hin; er betonte aber auch, daß dies nicht genügen könne. Der aktuelle Fragenkomplex, den die Automation darstelle, müsse vor allem in der Regierungspolitik eine positive Antwort finden.

Auch *Ludwig Rosenberg* betonte in seinem Schlußwort, daß die Tagung eindringlich bewiesen habe, daß hier wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch Dinge im Werden sind, die dringlich erfordern, daß sich alle Verantwortlichen ihrer Verantwortung bewußt werden und entsprechend handeln und nicht nur reden. Der Vorsitzende des DGB fuhr fort: „Die Voraussetzung für die vernünftige Bewältigung dieser modernen Entwicklung bedingt ... jene Anpassungsfähigkeit, die heute — und noch mehr in Zukunft — von jedem Arbeitnehmer verlangt werden muß, wenn er sich in der modernen sich wandelnden Wirtschaft behaupten will. Für diese wichtigste Voraussetzung muß bereits in der Schule die Grundlage geschaffen werden und den Menschen in seinem ganzen Berufsleben begleiten. Und das kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften oder der Arbeitgeber allein sein — das ist Aufgabe unserer ganzen Gesellschaft.“

Günther Heyder

PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

Politische Bildung im Dialog

Die DGB-Bundesschule Hochkamp hat ihr Jahresprogramm wiederum mit einer Tagung zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eingeleitet. Zu Jahresbeginn, und zwar vom 2. bis zum 6. Januar 1967, trafen sich 28 Dozenten, Schulleiter und Organisatoren der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zur Konferenz, die zu dem allgemeinen Thema: „Psychologie und Methodik des Lehrens und Lernens“ veranstaltet worden ist.

Das Programm der Gesprächsrunde hatte gegenüber früher einen etwas veränderten Charakter. Neben der didaktischen Aufbereitung des Lehrstoffes und der Diskussion über Methoden des Lehrens und Lernens sollten auch Sachinformationen zu aktuellen politischen Fragen vermittelt werden. Die Tagesordnung sah deshalb ein Gespräch vor über:

1. Mitbestimmung — eine Forderung unserer Zeit,
2. Jugend und Politik in der deutschen Gegenwart,
3. Nationalismus und Demokratie — Versuch einer Struktur- und Wirkungsanalyse rechtsradikaler Gruppierungen.

Im folgenden einige Stichworte über den Inhalt der Gespräche.

Zum ersten Thema entwickelte *F.-W. Dörge*, Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg, an Hand eines seiner bekannten wirtschafts- und sozialpolitischen Unterrichtsmodelle¹⁾ die systematische Gliederung des Stoffes. Zu unterscheiden sei bei der Erläuterung des Sachzusammenhanges nach a) einer Grundsatzdebatte zur Mitbestimmung und b) der Analyse von inzwischen verwirklichten Mitbestimmungsformen.

Dem Einstieg in das Thema, der durch Vortragen konträrer Stellungnahmen oder durch den Bezug zur betrieblichen Situation erfolgen könne, solle die Frage nach der Entstehung des Problems folgen. Darauf eingehend ergebe sich ein historischer Rückblick, der die Lösung des Problems der Disposition in der seither geübten Weise beleuchte, nämlich durch Übertragung der ausschließlichen Entscheidungsbefugnisse auf Vertreter des Kapitals.

Welche Entscheidungen seien überhaupt zu treffen? Einmal handle es sich um Entscheidungen in den Betrieben und zum anderen um Entscheidungen zwischen den Betrieben. Die Frage sei: wann und wo können wirtschaftliche

1) Fr.-Wilh. Dörge, Manfred Schmidt „Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebe“, C. W. Leske Verlag, Opladen.

Einrichtungen, wie der Markt, Steuerungsfunktionen zwischen den Betrieben übernehmen oder inwieweit muß eine Rahmenplanung gesetzliche Ziele verwirklichen? Wünschenswertes Ziel der Wirtschaftspolitik ist nach wie vor die stetige Steigerung des Wohlstandes, die einhergehen müsse mit Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit.

Gewerkschaften werden unter den gerade geschilderten Voraussetzungen gruppenliberale Mitträger und Mitgestalter einer durch Rahmenplan gesteuerten Marktwirtschaft sein und außergewöhnliche Verantwortung übernehmen, was heißt, daß ihre Autonomie zwar voll erhalten bleibe, jedoch durch Mitbestimmen aus eigenem Willen eingeschränkt werde. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich sowohl durch betriebs- und unternehmensinterne Einrichtungen als auch durch die gewichtige, von den Gewerkschaften und den Arbeitgebern bestimmte Tarifpolitik.

Ober die Jugend und ihr Verhältnis zur Politik in der deutschen Gegenwart referierte Prof. Dr. *W. Jaide*, Pädagogische Hochschule Hannover. Seinem Vortrag lagen im wesentlichen seine bekannten Erhebungen zugrunde, über die auch in dieser Zeitschrift schon mehrfach berichtet worden ist.

Den Versuch einer Struktur- und Wirkungsanalyse rechtsradikaler Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland machte Dr. *D. Kappe*, Akademie für Wirtschaft und Politik Hamburg. Es wurde darin untersucht, ob und inwieweit die Bevölkerung unseres Landes nationalistische Parolen aufnehme und wie rechtsradikale Kräfte sich politisch ausweisen. Besondere Wirkkraft für den Kampf gegen den Rechtsradikalismus liege in der politischen Bildungsarbeit. Ihr komme die Aufgabe zu, Jugendlichen und Erwachsenen die Vorzüge demokratischer Lebensformen zu erläutern und Verständnis für die relative Unordnung sowie für die Zeit- und Energieverschwendungen im demokratischen Prozeß der Willensbildung zu wecken, damit Demokratie, ihrer Vorzüge wegen, anderen politischen Systemen bewußt vorgezogen werde.

Der Rechtsradikalismus äußere sich im wesentlichen durch:

1. Elite- und Sendungsbewußtsein,
2. Antiparlamentarismus,
3. Ablehnung der pluralistisch verfaßten Gesellschaft,
4. Ablehnung des Individualismus,
5. Intoleranz in allen Fragen der öffentlichen Moral und
6. Nationalismus und Autarkie-Denken.

Zu diesem Thema entwickelte sich eine besonders angeregte Diskussion.

Heinz Eckert

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Hinweise

Bereits einmal wurde an dieser Stelle (GM 7/66) auf die engagierte Literaturzeitschrift *Kürbiskern* hingewiesen. In der Ausgabe 1/1967 gibt es zwei besondere Schwerpunkte: den 30. Jahrestag des spanischen Bürgerkrieges und den Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“. Hans-Albert Walter zeichnet unter dem Titel „No pasaran!“ die Geschichte deutscher Exilschriftsteller, die von 1936 bis 1938 in Spanien für die Republik kämpften. Etliche Seiten weiter findet sich — in der ständigen Rubrik Protokoll — die Erklärung der neuen spanischen Arbeiterkommission sowie ein Bericht über das vornehmlich von Spaniern bewohnte „Arbeitslager Dingolfing“ der Autofirma Glas. Ein großer Teil der Kurzgeschichten behandelt ein verwandtes Thema: den Neofaschismus.

Zum Kongreß „Notstand der Demokratie“ bringt der neue *Kürbiskern* die Rede, die Georg Benz, Hauptvorstandsmitglied der IG Metall, auf der Großkundgebung in Frankfurt hielt. Daran schließt sich ein Kommentar von Jakob Mader an, in dem die Erfahrungen des Notstandskongresses ausgewertet und Schlußfolgerungen gezogen werden. (Titel des Beitrags: Formiert den Widerstand!) Außerdem wären aus der neuen Ausgabe noch Gedichte des 25jährigen Westberliner Johannes Schenk und der jungen DDR-Lyrikerin Sarah

Kirsch zu erwähnen. Erich Fried gibt einen Überblick über die Lyrik in der DDR. Mit Karl Burgs Bericht (Überschrift: Mit dem Herzblut der Autoren) über die Heft-Romanfabriken in der Bundesrepublik wird eine im vorhergehenden Band begonnene Auseinandersetzung mit der Trivialliteratur, diesmal mit einem Artikel aus der Praxis, weitergeführt. Der 170 Seiten starke Band kostet 4,80 DM und ist in fast allen größeren Buchhandlungen erhältlich (Redaktion München 22, Maximilianstraße 10). K. J. W.

Der Monat ist mit seinem 19. Jahrgang in den S. Fischer Verlag übergegangen; die Redaktion bilden jetzt Hellmut Jaesrich, Peter Härtung und Wolfgang Werth. In Heft 220 (Januar 1967) sind Günter Gaus, Günter Grass, Klaus Harpprecht, Eugene Ionesco, Malcolm Muggeridge, Mary McCarthy, Joachim Kaiser u. a. mit politischen und literarischen Beiträgen vertreten.

Die *Frankfurter Hefte* sind mit dem Januarheft 1967 in ihren 22. Jahrgang eingetreten. Hervorgehoben seien die Aufsätze: Der Mensch im Banne des Vorurteils (Hannah Vogt), Die NPD — Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik (Reinhard Kühnl), Frauen am Gängelband der Ideologie (Lieselotte Mohl), China nach dem Test (Johannes Ernst Seiffert) sowie politische Betrachtungen zu den neuen Koalitionen im Bund und in Nordrhein-Westfalen von Eugen Kogon, Gerhard E. Gründler und Friedhelm Baukloh. W. F.

BUCHBESPRECHUNGEN

KONRAD ADENAUER

ERINNERUNGEN 1945—1953
ERINNERUNGEN 1953—1955

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1965 bzw. 1966. 589 bzw. 556 S., Ln. je 24,80 DM.

Wollte man Konrad Adenauer mit der Elle des großen Memoirenschreibers messen, so hielte er kaum einem Vergleich mit den Klassikern politischer Memoiren, mit *Bismarck*, *Churchill* oder *de Gaulle* stand; aber auch an politische Altersgenossen von weit einfacherer Herkunft, wie etwa an *Paul Lobe* und *Carl Severing*, reicht er als politischer Selbstbiograph nicht heran. Sowohl der erste als auch der vor kurzem erschienene zweite Band seiner Erinnerungen mutet mitunter wie die willkürliche Zusammenstückelung und die dürftige Kommentierung von Briefen, Protokollen und Zeitungsausschnitten an, so daß man sich fragt: Was soll eigentlich noch der angekündigte besondere Dokumentenband?

Trotzdem: Jeder, der Adenauer als Menschen und Politiker verstehen will, sollte seine Erinnerungen lesen. Selten wurden die tieferen Hintergründe der konservativen Skepsis gegen den Intellekt deutlicher aufgezeigt als in dem geflügelten Wort in der Einführung des I. Bandes: „Ein langes Leben gibt den Menschen die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln. Erfahrung kann eine Führerin des Denkens und des Handelns sein, die durch nichts zu ersetzen ist, auch nicht durch angeborenen Intellekt.“ (I, S. 13)

Wer die Unbeweglichkeit und Inaktivität Adenauers in der Wiedervereinigungspolitik verstehen will, der muß sich Adenauers Notiz über ein Gespräch, das er am 5. Oktober 1945 mit Korrespondenten von *News Chronicle* und *Associated Press* führte, vor Augen halten: „Der von Rußland besetzte Teil sei für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren“ (I, S. 35). In demselben Gespräch (das — wohlgemerkt — zu einer Zeit stattfand, als die demokratischen Parteien in der SBZ, wie SPD, CDU und LDP, noch nicht verboten oder gleichgeschaltet waren) führte Adenauer als

Argument gegen die Abtrennung eines Rhein-Ruhr-Staates ins Feld: „Die drei zerschnittenen Teile der nicht russisch besetzten Zonen würden schon automatisch nach Wiedervereinigung mit diesem russisch besetzten alten Reich streben. Man kehre ihr Gesicht geradezu nach dem Osten, nicht nach dem Westen.“ (I, S. 35) Und in einem Schreiben an den Duisburger Oberbürgermeister *Weitz* vom 31. Oktober 1945 erklärte Adenauer: „Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.“ (I, S. 39.)

Adenauers Wiedervereinigungspolitik, die keine war, wird von ihm schonungslos im II. Band seiner Erinnerungen bloßgelegt. Es kam ihm kaum der Gedanke in den Sinn, daß die UdSSR etwa wegen der von ihm gepriesenen Konsolidierung des Westens ihre Haltung in der deutschen Frage ändern oder daß sie etwa durch ein Angebot der Westintegration als Kompensationsobjekt für die deutsche Wiedervereinigung zu einer Änderung ihrer Position bewegt werden könne. Die sowjetischen Vorschläge betrachtete er fast stets nur als „scheinbare Konzessionen“ (II, S. 70).

Das Verhalten der UdSSR bei der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages „beruhte auf einer sehr geschickten Taktik“ (II, S. 441 f.) und ihr verändertes Verhalten gegenüber Jugoslawien war ein „weiterer kluger Schachzug“ (S. 442).

Nur zweimal wird die starre Maginot-Linie ein wenig abgeschliffen. Einmal attestiert er den Nachfolgern Stalins eine „verbindlichere Haltung“, „offensichtlich von der Notwendigkeit diktiert, daß sich zunächst die Nachfolge Stalins innenpolitisch festigen mußte“ (II, S. 202). Es erscheint allerdings unverständlich, warum dann Adenauer drei Seiten weiter sein Torpedo gegen Churchills vernünftigen Vorschlag vom 11. Mai 1953, eine Viererkonferenz auf höchster Ebene einzuberufen, damit motiviert, daß noch nichts „wahrzunehmen war, was einen Erfolg einer solchen Viererkonferenz wahrscheinlich oder auch nur möglich erscheinen ließ“ (II, S. 205).

Und ziemlich am Schluß, bei der Darstellung der Moskauer-Reise, die zur Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen führte, schreibt Adenauer recht versöhnlich: „Hinsichtlich des ‚Ehrenwortes‘ hatte ich die feste Überzeugung, daß es *Bulganin* und *Chruschtschow* wirklich ernst war. Ich zweifelte keinen Augenblick an ihrem Wort“ (II, S. 546). „Die Russen haben ihr Wort gehalten und das ganze Abkommen genau erfüllt“ (II, S. 551).

Es wäre Aufgabe eines Historikers, Überlegungen darüber anzustellen, ob die UdSSR — bei einer ebenso klugen Haltung von Seiten der BRD, wie sie Adenauer und insbesondere *Carlo Schmid* gegenüber den führenden Männern des Kreml im Herbst 1955 gezeigt hatten — nicht gegebenenfalls zu größeren Kon-

zessionen als in der Kriegsgefangenenfrage bereit gewesen wäre (zweifelsohne nicht aus purer Menschlichkeit, sondern aus sehr nüchternen realpolitischen Überlegungen).

Adenauer war wohl stets darauf bedacht, das Dekors der Wiedervereinigungspolitik zu wahren. Nach der Stalin-Note vom 10. März 1952 wollte er zwar keine Viermächte-Konferenz. Aber ein hundertprozentiges „Nein“ auf die Note wünschte er auch nicht, denn: „Die Antwortnote der Alliierten dürfe auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als ob womöglich für eine Wiedervereinigung kein Interesse bestehe“ (II, S. 75). Die Erinnerungen lassen keinen Zweifel daran, daß Adenauer der Westintegration nicht nur einen temporären, sondern einen qualitativen und unbedingten Vorrang vor der deutschen Wiedervereinigung gab.

Adenauer nahm es auch nicht besonders ernst mit jenem (auf Intervention von CDU/CSU-Fraktionschef *v. Brentano* und FDP-Vizekanzler *Blücher* eingefügten) Passus im Deutschlandvertrag, wonach ein wiedervereinigtes Deutschland außenpolitische Handlungsfreiheit besitzen solle: „Die von *Mendes-France* aufgeworfene Frage jedoch, ob nicht das künftige wiedervereinigte Deutschland diese Verhandlungsfreiheit dazu benutzen würde, um aus dem europäischen Verteidigungsvertrag auszuscheiden, beurteilte ich als eine weitgehend akademische Frage. Als praktischer Politiker kam mir diese Frage recht unwirklich vor. Ich sah keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß ein gesamtdeutscher Staat jemals den Wunsch haben könnte, von seinem juristischen Recht des Rücktritts Gebrauch zu machen“ (II, S. 284).

Auch andere Überlegungen und Vorschläge Adenauers waren kaum der Wiedervereinigung dienlich. So identifizierte er ziemlich leichtfertig die BRD mit dem Deutschen Reich: „Die Bundesrepublik ist mit dem Deutschen Reich nach dem Stand des Jahres 1937 identisch, darüber kann kein Zweifel bestehen“ (II, S. 171). „Es war ebenfalls nur eine akademische Vorstellung, Gesamtdeutschland sei etwas völlig Neues. Die Bundesrepublik und Westberlin würden drei Viertel dieses Gesamtdeutschlands ausmachen, und von den Deutschen in der sowjetisch-besetzten Zone war zu sagen, daß sie dachten und fühlten wie wir“ (II, S. 284).

Aus den Erinnerungen wird auch ersichtlich, daß Adenauers Politik weitgehend von der fatalen Illusion bestimmt war, die Sowjetunion müsse eines Tages kapitulieren (wenn nicht diese Illusion ein propagandistischer Vorwand gewesen ist). An verschiedenen Stellen wird die verhängnisvolle Legende von Professor *Starlinger* (die auch zeitweise von Minister *Oberländer* gestützt wurde) wiedergegeben: „Meine Hoffnung war, die Sowjetunion werde eines Tages einsehen: Alles zusammen können wir nicht machen. Meine Hoffnung war, sie werde dann ihre Kräfte auf die Auseinandersetzung

mit den Chinesen konzentrieren und Europa in Ruhe lassen. Auf diese Entscheidung mußte gewartet werden" (II, S. 88). „Ich nahm an, daß es (Sowjetrußland) sich eines Tages mit Europa und den Vereinigten Staaten verständigen werde, um sich gegenüber Rotchina halten zu können. Auf diese Entwicklung mußten wir Europäer geduldig warten" (II, S. 203).

Ein ander Mal spekulierte Adenauer darauf, „daß die Sowjetunion eines Tages durch ihre inneren Schwierigkeiten gezwungen sein würde, ihre Politik gegenüber dem Westen zu ändern" (II, S. 452). Welche skurrilen Blüten die maßgeblich von Adenauer bestimmte „Politik der Stärke“ getrieben hatte, geht aus einer Äußerung von *John Foster Dulles* hervor, der Adenauer zustimmte: „Dulles verglich die Lage mit einem Boxkampf. Der Gegner sei schon groggy, hänge in den Seilen und warte nur noch darauf, daß der Gong das Ende der Runde ankündige“ (II, S. 458). Aus den Erinnerungen wird auch Adenauers Voreingenommenheit gegenüber ihm wesensfremden Menschen ersichtlich, insbesondere aus seinen Äußerungen über den zum Prügelknaben auserkorenen französischen Ministerpräsidenten *Mendes-France*: „Gegen *Mendes-France* war ich mit tiefer Bitterkeit erfüllt.“ (II, S. 307.) Dem amerikanischen Außenminister *Dulles* empfahl er nach der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung wirtschaftliche Sanktionen gegen das von *Mendes-France* regierte Frankreich: „Man müsse den Hahn etwas zudrehen, dürfe ihn jedoch nicht abstellen. Frankreich dürfe nicht denken, daß die Abstimmung in der Nationalversammlung ohne Folgen bleibe. Es müsse zu der Überzeugung gelangen, daß die Vereinigten Staaten es ernst meinten“ (II, S. 309).

So bieten Adenauers Erinnerungen insgesamt eine ebenso eindrucksvolle wie erschütternde Bilanz der verfehlten westdeutschen Politik nach dem zweiten Weltkrieg.

Giselher Schmidt

FRANZ JOSEF STRAUSS ENTWURF FÜR EUROPA

Seewald Verlag, Stuttgart 1966. 164 S., Ln. 12,80 DM.

Wenn das Zwar-Aber das Kennzeichen einer erfolgreichen politischen Aussage, wenn der prinzipientreue Pragmatiker zum berufenen Interpreten zukunftsweisender deutscher Politik bestimmt ist, so zeigt sich der neue Finanzminister beidem gewachsen. Denn ein „Entwurf“ kann sich einer machtpolitisch erwünschten „Neuorientierung“ geschmeidiger anpassen als ein Programm, das eine politische Potenz (wie sie in dem Fall und Wiederaufstieg des Franz Josef Strauß zum Ausdruck kommt) an mehr oder — wie der Rezensent meint — weniger eindeutige Aussagen binden könnte. Zwar

ist (war) der prinzipielle Strauß gegen eine Große Koalition in Bonn, denn wenn 90 vH der Abgeordneten zur Regierung gehören, „dann wird eine Opposition völlig sinnlos“, aber der auf Rehabilitation bedachte pragmatische Parteichef möchte doch „einige notwendige Reformen durchführen“, die nicht möglich sind „ohne die Einwilligung (!) der Sozialdemokraten“.

Für die Notstandsgesetzgebung, die „Inangriffnahme eines Friedensvertrages“, eine Verwaltungs- und Finanzreform, eine Wahlrechtsreform usw. reicht heute also — dem Gedankengang des Autors folgend — eine völlig sinnlose Opposition aus, die auch nicht in der Lage ist, den „großen Entwurf einer deutschen Europapolitik“ zu stören, einer Politik also, die in der „Europäisierung der deutschen Frage“ den „Schlüssel für die Wiedervereinigung“ sieht. Denn: „Weder in Moskau, noch in Warschau oder in Pankow liegt für uns ein Schlüssel zur Wiedervereinigung“ bereit.“ Oberhaupt kann „einzig mit einem Osteuropa, in dem alle Nationen das Selbstbestimmungsrecht besitzen“ über „das Heimatrecht der Deutschen gesprochen werden“. Der CSU-Politiker will aber Schluß mit einer „allgemeinen Proklamation verschwommener Idealvorstellungen“ machen und fordert daher — „Ich bin beileibe kein Utopist“ — eine „europäische Vorwärtsstrategie“, die „auf die Wiederherstellung der historischen Einheit Europas“ hinarbeiten muß. (FJS bleibt die Antwort schuldig, wann und wie diese Idylle bestand.) Neo-Roll-Back oder: „Keinesfalls dürfen wir einfach erklären, der kalte Krieg sei nun vorüber.“

Dieses strategische Ziel fixiert Strauß so: die „Einflüsse der sowjetischen Politik“ zurückdrängen, damit sie „ihre Wirkungskraft“ einbüßt; ein „Europa zu schaffen, das eine Rolle in der Welt spielen kann“; ein „geeintes Westeuropa soll die Vorstufe zu den Vereinigten Staaten von Europa sein“, zu dem Strauß „auch alle Völker Mittel- und Osteuropas rechnen möchte“ (selbstverständlich unter Ausschluß der „eurasischen Sowjetunion“), um „ein Übergewicht der freien Gesellschaft“ zu sichern.

Mit einer solchen „geschlossenen politischen Konzeption, die uns ein zielbewußtes Spiel mit verteilten Rollen gestattet“, kann nicht nur einer „Auflockerung gegenüber dem Osten“ (an anderer Stelle die peinliche Wortwahl „einer umfassenden Befriedung“) Rechnung getragen, sondern auch erreicht werden, daß die europäische Politik „nicht länger mehr eine Funktion der amerikanischen Sicherheitspolitik“ bleibt.

Nun gibt es ja heute etwas, was nach Strauß „als ‚Entspannungspolitik‘ formuliert wird“, also „die gegenseitige Garantie (USA — Sowjetunion) des Status quo innerhalb Europas“. Für FJS eine echte Gefahr, die er im Namen der Bundesrepublik erkennt: „Angesichts dieser prekären Situation, in die uns die offensive

Koexistenz-Politik der Sowjets hineintreiben (!) möchte, müssen wir aktiv werden." Und daher: „Unsere Pflicht als Deutsche und Europäer ist es, den amerikanischen Partner (den man vorläufig noch braucht) aus dieser Zwangslage zu erlösen." Na, bitte. Folgt — in Abwandlung eines inneramerikanischen Kalenderspruchs —: „Was gut ist für die politische Konsolidierung und Eigenständigkeit Europas, ist auch gut für die Vereinigten Staaten von Amerika!*"

Da dies die Amerikaner nicht einsehen wollen oder können, „weil eine gewisse Interessenidentität der beiden Weltmächte" besteht, die „nicht allzuviel Rücksichtnahme auf den Rest der Menschheit zuläßt" (Strauß verallgemeinert hier ein bißchen seine eigene Besorgnis), verpflichtet er eine politische Völkergemeinschaft, deren Entstehung nicht „auf dem evolutionären Wege wirtschaftlichen Zusammenwachsens" abgewartet werden soll; es ist vielmehr die vorrangige Aufgabe der Europäer (Strauß meint Franzosen und Bundesdeutsche), „eine Identität ihrer nationalen Interessen" herzustellen, um die „Position einer eigenständigen Macht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion" einzunehmen, Europa — Verbeugung vor *de Gaulle* — als „Element des Ausgleichs".

Was soll aber dann der Wunsch nach einer „westeuropäischen Aktionsgemeinschaft gegenüber dem Osten", einer Neuaufgabe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der sich anfangs „nicht alle westeuropäischen (!) NATO-Staaten ... anschließen könnten oder wollten". Dieser „Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma der NATO" ist für Strauß die „Lösung, die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential unter Kontrolle und Verfügungsgewalt einer europäischen Regierung". Denn — so an anderer Stelle — Deutschland kann auf, die Dauer nicht „wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg" sein; deshalb „braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen". Folgerichtig polemisiert Strauß gegen einen Atomwaffen-Sperrvertrag, „durch den der Status quo in Europa zementiert und weitgehend legalisiert (!) würde". Ein von dem Ex-Verteidigungsminister gefordertes „militärisch eigenständiges" Europa wird über „taktische sowie strategische Atomwaffen verfügen müssen". Dieser indirekten Atombewaffnung der Bundesrepublik könnten die USA — freundlicherweise — Unterstützung geben, indem sie „beispielsweise" (d. h. vorerst) Frankreich und England „technische Kenntnisse anbieten", um deren Atompotential zu vervollständigen.

Und jetzt kann man auch verstehen, warum der Autor die de Gaullesche Konzeption eines Europa der Vaterländer nur als ein Zwischenstadium zu dem von ihm gewünschten „euro-

päischen Europa" sehen will, denn die „force de frappe" verspricht wiederum nur eine Atompatronage „und wir (d. h. Strauß) sicher nicht bereit sind, die amerikanische Atompatronage gegen eine französische einzutauschen". Diesen Entwurf für ein atombewaffnetes Europa (= Bundesrepublik u. a. m.) dürfte der Europaplaner vorläufig nicht verwirklichen können; die Regierungserklärung *Kiesingers* widerspiegelte nicht einmal Ansätze dieser Konzeption, und der neue *Außenminister* kündete vor der Westeuropäischen Union (WEU) vom Ende der deutschen Atom-Ambitionen. Was bleibt, ist der hochinteressante, lesenswerte — nicht überzeugende — Versuch eines wiedererstarkten Mannes (schriftstellerisch), dem abgehenden Europazug doch noch einen westdeutschen Atomwagen anzuhängen. Das gefährliche Gut wurde hinter zum Teil akzeptierbaren Aphorismen getarnt, die die nationale Handschrift als europäisches Begleitpapier aufbereiteten. Die außerdeutschen Fahrpläne wurden widerspruchsvoll beiseitegeschoben; ein so belasteter Zug überfährt die internationalen Haltesignale und muß — soll es keinen Zusammenstoß geben — vorher entgleisen.

Dieter Kuhr

JAN MYRDAL

BERICHT AUS EINEM CHINESISCHEN DORF

Aus dem Schwedischen übersetzt von Gustav Adolf Modersohn. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1966. 376 S., Ln. 24,80 DM.

Der junge schwedische Schriftsteller und Soziologe Jan Myrdal gibt Bericht über eine originelle Untersuchung. Er hat, mit Genehmigung der Behörden der Volksrepublik China, zusammen mit seiner Frau, einer Fotografin, die einige vorzügliche Aufnahmen von Menschen und Landschaften beisteuert, ein Bauerndorf in einer eher armen und wenig fruchtbaren Gegend Zentralchinas mehrere Wochen lang unbeaufsichtigt besucht und die menschliche und ökonomische Struktur dieses einen Dorfes, das zum großen Teil aus in die Lößabhänge eines Tales gegrabenen Höhlen besteht, genau und geduldig erforscht.

Er ist dabei so zu Werke gegangen, daß er sich von den Bewohnern des Dorfes, Alten, Jungen, Männern, Frauen, Lehrern, Funktionären der Kommune usw. ihre Jugend, ihr privates Schicksal, ihr Familienleben, ihre Tätigkeit und Funktion sowohl aus der Zeit der Kuomintang, des japanischen Krieges, des Bürgerkrieges, des Sieges, der Revolution wie der Zeit nachher erzählen ließ und dies mit aller Ausführlichkeit niederschrieb. Wichtig sind ihm dabei besonders das Leben der Menschen und die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion, zuerst in den nach Ver-

treibung der Grundbesitzer gebildeten Genossenschaften wie in der 1958 gegründeten Kommune. Die Erzählung jedes einzelnen Dorfbewohners ist ergänzt durch die Meinung, die die dörfliche Umwelt über den Erzähler hat: „Was die Leute im Dorf über Fu-Fang-Lan sagen.“

Außer diesen Lebensberichten gibt Myrdal umfangreiche, übersichtliche zahlenmäßige Darstellungen über die Landwirtschaft des Dorfes, den Bestand an Geräten, die Entwicklung der Produktion und der Preise aus den Jahren seit 1949, über die Beziehungen zu den staatlichen Behörden und über die Ablieferung und den Verkauf der Produkte, über den Tageslauf und die Feldbestellung, alles mit großer Geduld und Sympathie für die Menschen des Dorfes zusammengetragen.

Es ist natürlich schwer zu beurteilen, was bei der Übertragung der Vorstellungen und Begriffe aus dieser uns so fremden Welt in die unsere auf der Strecke bleibt. Aber der Weg Myrdals dürfte doch eine genauere, konkretere, wenn auch nur partielle, Kenntnis von dem neuen China vermitteln als alles, was man bisher von reisenden Beobachtern lesen konnte, erst recht als alles, was man gemeinhin von den um China herum, in Hongkong, Formosa oder Japan, postierten Berichterstatern und Nachrichtensammlern vorgesetzt bekommt. Vor allem gewinnt man eine Vorstellung oder doch eine Ahnung davon, wie elend, gedrückt, von Hungersnöten ständig bedroht die Bewohner des Landes früher gelebt haben, ohne Zugang zu Bildung und Fortschritt; an der alten Kultur Chinas nur durch eine strenge, reaktionäre, bis ins kleinste gehende Sitte teilhabend.

Besonders interessant und wichtig ist das, was man über die Stellung und die Emanzipation der Frau auf dem Lande erfährt. An die 32jährige Li-Kuei-Ying, die Schule und Parteischule besuchen konnte, begabt ist und nun eine gewisse Autorität hat, bringen die anderen Frauen ihre Sorgen heran. Die 18jährige Tuan-Ai-Chen verliebt sich in einen armen Jungen aus dem Nachbardorf und möchte ihn heiraten: „Eines Abends kam Tuan-Ai-Chen weinend und jammernd zu mir. Ich folgte ihr zu ihrer Höhle und sprach mit den Eltern. Ich sagte zu ihnen: ‚Ihr habt kein Recht, Eure Tochter am Heiraten zu hindern, das wißt Ihr doch wohl? Kaufehen sind in unserer neuen Gesellschaftsordnung nicht mehr zugelassen. Es ist verbrecherisch, seine Tochter zu verkaufen. Früher konnte man seine Tochter wie ein Stück Vieh verschachern, aber das geht nicht mehr!‘ Ich erinnerte sie daran, was früher alles passiert war: Mädchen, die sich im Brunnen ertränkt oder sich aufgehängt hatten und all das Unglück, das die käufliche Ehe mit sich gebracht hatte. Zu Anfang suchte der Vater mir zu widersprechen. Er sagte: ‚Ich selber habe teuer für meine Frau bezahlen müssen. Ich habe doch meiner Tochter Essen

und Kleidung gegeben, habe sie großgezogen, und nun will sie einfach davongehen. Das ist nicht recht... Ich muß etwas von all den Geldern, die ich ausgelegt habe, zurückbekommen. Wenn sie sich in einen Mann verliebt, der nicht zurückzahlen kann, was sie gekostet hat, so ist es ein Unrecht, wenn sie heiratet.“ Schließlich geben die Eltern nach, wie sie natürlich bei der Verheiratung ihrer Söhne ohne weiteres von der alten Sitte abzugehen bereit sind, denn alsdann brauchen sie für die Schwiegertochter nichts mehr zu bezahlen.

Am ergiebigsten sind für uns Europäer die Lebensgeschichten der Menschen, die durch ihr Schicksal, ihre Bildung, ihre Funktion und Begabung mit einer weiteren Umwelt und mit der städtischen Kultur in Berührung gekommen sind. Man erkennt, wie schwierig es ist, Werturteile, politische Meinungen oder gar Prognosen über das neue China zu wagen. Der Weg über den einzelnen Menschen, den Myrdal einschlägt, ist wohl der, der am wenigsten in die Irre führt. *Dr. Richard Schmid*

ORTWEIN KIRCHMAYR

DIE WEISSEN RIESEN

Söldner im Kongo. Ein Bericht. Verlag Fritz Molden, Wien 1966. 352 S., Ln. 23,50 DM.

Um es gleich vorwegzunehmen: ein ganz abscheuliches Buch! Der Autor, der nach „schulischen Niederlagen“, wie es im Klappentext heißt, in den verschiedensten Ländern ein Abenteuerleben geführt und dies in Reportagen ausgewertet hat, war selbst einige Monate lang Angehöriger von Herrn *Tschombes* weißer Söldnertruppe, da er sonst nicht in die Kampfzone hätte eindringen können. Und nun schildert er das Leben und Kämpfen dieser modernen Landsknechte, die ohne Krieg nicht leben können, von Kontinent zu Kontinent ziehen und sich jedem für teures Geld plus Gefahrenzulage verkaufen, der sie bezahlen und gebrauchen kann.

Diese gewerbsmäßigen Mordbuben, die sich von den im Bandenkrieg der Gangster zur Erledigung unbequemer Konkurrenz angeheuerten „tueurs à gages“ nur durch die Uniform unterscheiden, gestern im Kongo und heute womöglich in Vietnam ihr trauriges Handwerk betreiben, hat Kirchmayr — dies ist der einzige Vorzug seines Buches — wirklich realistisch, mit photographischer Treue dargestellt. Nichts bleibt dem Leser erspart, nicht der Unflat ihrer Gespräche und ihre ewige Besoffenheit noch ihre kaltblütige Grausamkeit und ihre Verachtung für die schwarzen Völker Afrikas, die zuweilen in fanatischen Haß umschlägt. Wir glauben dem Autor gern, daß diese Söldnertruppe von Offizieren geführt wird, die ruhig zielend einen Schwarzen nach dem anderen niederknallen und dazu von Zeit

zu Zeit gemächlich einen Schluck Whisky trinken.

Das Schlimmste: Kirchmayr identifiziert sich unverkennbar mit den zentralen Figuren seines Berichts, der in etwas primitiver Rückblendetechnik im wesentlichen zwei Kampfepisoden im Urwald schildert. Das totale Unverständnis für die Probleme des erwachenden Afrika, die Parteinahme für den grobklotzigen Rassismus und Kolonialismus, die Tatsache, daß alle diese Greuel auch nicht ein einziges Mal anders gesehen werden als aus der Perspektive verrohter Landsknechte, das läßt das Buch zu einer unverhohlenen Propaganda für alle Unmenschlichkeit werden.

Walter Gyssling

RENE KÖNIG

SOZIOLOGISCHE ORIENTIERUNGEN

Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln—Berlin 1965, 575 S., Ln. 29,80 DM.

Es ist eine alte Streitfrage, ob das Popularisieren wissenschaftlicher Erkenntnisse — falls man dieses überhaupt als tunlich erachtet — den Wissenschaftlern selbst vorbehalten bleiben oder Laien anvertraut werden soll. Das Problem ist wohl nicht durch eine verbindliche Regel, sondern nur von Fall zu Fall zu lösen. Es gibt nicht wenige Wissenschaftler, die schlechthin unfähig sind, sich allgemeinverständlich auszudrücken, und es gibt nicht wenige Laien, die sich zwar zum Popularisieren berufen glauben, denen aber doch die nötige Sachkenntnis und wissenschaftliche Gründlichkeit fehlt, um ein unverfälschtes Bild ihres Gegenstandes entwerfen zu können. Jedenfalls ist das Popularisieren eine Kunst für sich, deren Muse sich im allgemeinen recht spröde zeigt.

Aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Wer die Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen zur Hand nimmt, die der Ordinarius für Soziologie an der Universität Köln, Professor Rene König, unter dem Titel „Soziologische Orientierungen“ herausgegeben hat, der muß dem Verfasser attestieren, daß er die Kunst des Popularisierens ebensogut beherrscht wie diejenige der strengen Wissenschaft. Denn das Popularisieren soziologischer Erkenntnisse mit Hilfe von Massenmedien war und ist der erklärte Zweck dieser Vorträge und Publikationen. Es geht König darum, die Öffentlichkeit über bestehende Probleme zu orientieren, die für die Soziologie von zentraler Bedeutung sind. Aber keineswegs nur um einer Verbreitung von Bildung und Wissen willen. Soziologie kann sich ja nicht nur als eine analytische Wissenschaft verstehen, die bloß die Strukturen der Gesellschaft zu erkennen und zu beschreiben versucht; befindet diese Gesellschaft sich doch in einem permanenten Wandel, der vom Soziologen immer neue Auseinandersetzungen fordert.

Sichauseinandersetzen aber heißt Stellungnehmen. Der Soziologe ist immer engagiert, auch dann, wenn er an die Möglichkeit einer sogenannten wertfreien Erkenntnis gesellschaftlicher Gegebenheiten glaubt. So kann man es denn nicht genug begrüßen, daß König sich mit dem ihm eigenen Temperament offen zu dieser Engagiertheit bekennt. Seine Schrift ist eine Kampfschrift. Es geht ihr um „die Entlarvung einer ganzen Gattung von Literatur, die man gemeinhin als Kulturkritik bezeichnet“. König erklärt es als „offene Absicht unserer mehr populären Publizistik, diese Kulturkritik, wo immer sie sich eingenistet hat, auszuräuchern, zu demaskieren als das, was sie ist: ein Versuch von Menschen, die in unserer Gegenwart nicht zu Hause sind, diese Gegenwart durch Anlegung eines Wertmaßstabes zu entwerten, der in Wahrheit — jeglicher Substanz ermangelt“.

Welches ist das Ziel dieser angriffigen Kritik an der Kulturkritik? Lohnt sich soviel soziologischer Aufwand überhaupt? König meint, eine solche Frage lasse sich leicht mit dem Hinweis auf den verkappt reaktionären Charakter der Kulturkritik beantworten, da diese den Menschen in den modernen Massendemokratien das Selbstvertrauen zu nehmen suche, um damit antidemokratische Maßnahmen zu rechtfertigen. Dem Verfasser sei „die Bejahung dieser Welt, in der er aufgewachsen ist und in der er sich zutiefst zu Hause fühlt“ eine Selbstverständlichkeit wie das Atmen. Seine fundamentale Wertentscheidung nennt er den Kampf für einen aktiven und realistischen Humanismus. Dabei halte er sich fern von jenem unrealistischen Traum eines unbegrenzten Glücks für alle, aber er sehe doch wohl die Möglichkeit einer Begrenzung des mit diesem Leben nun einmal unausweichlich gegebenen Leidens, vor allem desjenigen, das Menschen von Menschen zugefügt wird.

Wer möchte dem nicht zustimmen und eine so verstandene Soziologie — und deren Popularisierung — begrüßen? Freilich meldet sich ein Vorbehalt an: im Gegensatz zu dem glücklich zu preisenden Verfasser finden Allzuvielen sich heute in ihrer Welt keineswegs mehr zu Hause, sondern mehr oder weniger stark entfremdet. Eine Kritik an den Ursachen dieser Entfremdung ist nun aber nicht nur legitim und notwendig, sondern hat auch nichts zu tun mit der von König mit Recht angeprangerten reaktionären Kulturkritik. Recht verstanden ist sie eine Kritik nach vorne, die ihre Maßstäbe nicht in der Vergangenheit sucht, sondern im Gegenteil die brüchig gewordene Tradition der Werte und Ordnungen daraufhin untersucht, was an ihr überholt und was noch tragfest ist, um so für die Zukunft ein neues Fundament vorzubereiten. Es gibt auch einen Zukunftsoptimismus, der zerstörerisch sein kann, da er allzugerne Enttäuschungen

provoziert. König würde gegen diesen Hinweis wohl kaum Einwände erheben, aber um Mißverständnisse zu vermeiden wäre eine Berücksichtigung auch dieses Aspektes der Frage wünschenswert gewesen.

Einen Eindruck von der Reichhaltigkeit dieses Buches zu vermitteln ist hier kaum möglich. Es finden sich darin Aufsätze zu fast allen zentralen Problemen der heutigen Soziologie. Als besonders wertvoll für den Laien, der sich mit Gegenstand und Arbeitsweise der Soziologie erst noch vertraut machen muß, erscheinen uns die Betrachtungen „Der Mensch in der Sicht des Soziologen“ und „Die Grenzen der Soziologie“. Der eine Aufsatz räumt mit der Gegenüberstellung von Individuum und Gemeinschaft auf und begreift den Menschen als ein schon vor der Geburt — ja sogar vor der Zeugung — sozial geprägtes Wesen. Der andere erörtert die erkenntnistheoretischen Schwierigkeiten, die die Soziologie mit allen Wissenschaften teilt. Aber welches Thema er auch aufgreift — man spürt auf jeder Seite, die König schreibt, daß ihm — im Sinne jenes aktiven Humanismus, dem er sich verschrieben hat — der Mensch und seine Gesellschaft nicht bloß zu analysierende Objekte sind, sondern er sich ihnen gegenüber zu personaler Verantwortung verpflichtet weiß.

Dr. Arnold Künzli

JOACHIM HIRSCH DIE ÖFFENTLICHEN FUNKTIONEN DER GEWERKSCHAFTEN

Eine Untersuchung zur Autonomie sozialer Verbände in der modernen Verfassungsordnung. Frankfurter Studien zur Wissenschaft von der Politik, Band II. Klett-Verlag, Stuttgart 1966. 238 S., Linon 28,— DM.

Diese Untersuchung — eine Dissertation des Verfassers — setzt einige Kenntnisse des öffentlichen Rechts, insbesondere des Staatsrechts, voraus und verdient kritisch gelesen zu werden; sie zählt zu der Art von Büchern, die Zustimmung und Widerspruch zugleich hervorrufen. Ihr Vorzug beruht in dem eingehenden Nachweis, daß ebenso, wie das alte Zweiklassenmodell der Gesellschaft nicht mehr in der Realität existiert, sondern von einer pluralistischen Gesellschaftsstruktur abgelöst wurde, auch die klassische Gewaltenteilung aufgeweicht und der frühere Gegensatz von Staat und Gesellschaft überholt und von einer pluralistischen Verfassungsordnung abgelöst ist, in der sich Staat und Verbände gegenseitig durchdringen.

Hirsch betrachtet richtig die Gewerkschaften als „öffentliche Verbände“, wobei er für die Begriffsbestimmung des öffentlichen Verbandes für maßgebend hält, daß er 1. die *Macht* hat, „für das Gemeinwesen wichtige Entscheidungen in nennenswertem Umfang zu beeinflussen oder selbst zu treffen“ (S. 28) und 2. soviel

Publizität besitzt, um öffentlicher Kritik zugänglich zu sein. Als „öffentliche Funktion“ bezeichnet er „die mit dem Streben nach Teilnahme oder Vermittlung von Teilnahme an der Gesamtordnung oder Teilen der Gesamtordnung verbundene Tätigkeit repräsentativer öffentlicher Verbände, im modernen Sozialstaat öffentlich kontrollierbare und insofern legitime Herrschaft auszuüben“ (S. 29). In den öffentlichen Funktionen der Verbände findet Hirsch das hervorstechendste Zeichen „einer zunehmenden Dezentralisation der Herrschaft im modernen Sozialstaat“.

Der Verfasser erkennt zwar, daß die Gewerkschaften in diesem System der Interessenverbände eine Sonderstellung haben, die er hauptsächlich auf ihre Größe und ideologische Basis sowie darauf zurückführt, daß sie bereits innerhalb ihrer Organisation einen Interessenausgleich wahrnehmen. Dennoch sieht er sie als „Vertreter von Sonderinteressen“ (S. 34) an, womit sie wesensmäßig im Gegensatz zu den Parteien stünden, denen er fälschlicherweise generell das Bestreben nach Gesamtintegration zuspricht, obwohl der Name „Partei“ seiner Herkunft nach nichts anderes als „Teil“ bedeutet. Sein Irrtum ist, wie der vieler anderer Staatsrechtler, nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß er den Gewerkschaften nur eine Ordnungs- und Integrationsfunktion zuspricht, aber die *Veränderungsfunktion* übersieht, die sie nach ihrem eigenen Programm wahrzunehmen haben und worin sie im Willen — aber nicht in den Methoden — mit den Parteien vergleichbar sind.

Hirsch schildert in seinem Buch sodann die Wege und Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Interessenwahrnehmung, die Schwerpunkte ihrer öffentlichen Funktionen (Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, öffentliche Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Mitwirkung bei der Verwaltung von Unternehmen) und die staatsrechtlichen Grundlagen dieser Funktionen. „Die Gewerkschaften sind Teil eines vielfältigen Systems von Interessengruppen, das zusammen mit den politischen Parteien und der staatlichen Bürokratie die Struktur der gegenwärtigen Verfassungsordnung bestimmt“ (S. 96). Für sich allein sei der Verbandspluralismus aber unfähig, eine umfassende Gleichheit und Gleichberechtigung der Staatsbürger durchzusetzen (S. 148). Für Entscheidungen, die Lebensinteressen des ganzen politischen Gemeinwesens wesentlich berühren, müsse daher der Staat, d. h. Parlament und Regierung, letztlich zuständig bleiben. In welcher Weise jedoch die Mitwirkung der Verbände an dem Gesamtwillensbildungsprozeß „rechtlich, institutionell und verfahrensmäßig gestaltet werden soll, ist zu großen Teilen noch offen“ (S. 149). Sehr richtig bemerkt der Verfasser, daß die Tendenz zur Pluralisierung und Dezentralisation der Herrschaft im modernen demokratischen Staat das Pro-

blem der innerverbandlichen Demokratie entscheidend in den Vordergrund rücke. „Die Ausübung öffentlicher Funktionen muß zwangsläufig auch die innere Struktur der Verbände zu einer Angelegenheit des öffentlichen Interesses machen“ (S. 151).

So fruchtbar vieles von dem ist, was Hirsch über die moderne Verfassungswirklichkeit ausführt, so anfechtbar sind die Ausführungen über das angebliche gewerkschaftliche Wollen und die gewerkschaftliche Willensbildung. Hirsch ist hier wie schon andere Außenstehende etwas zu stark dem Fehler unterlegen, Reden und Schriften einzelner Gewerkschafter zu einem Gesamtbild angeblichen gewerkschaftlichen Willens zusammenzufügen, das aber mit der durch Kongreßbeschlüsse und Grundsatzprogramm manifestierten Haltung der Gewerkschaften nicht oder nur teilweise übereinstimmt.

Für die Öffentlichkeit wie für Gewerkschaftsfunktionäre ist der umfassende Überblick, den Hirsch über die einzelnen Formen öffentlicher Funktionen der Gewerkschaften, insbesondere über ihre Mitwirkung in der staatlichen Verwaltung gibt, recht wertvoll.

Dr. Kurt Hirsche

CHARLOTTE BERADT

DAS DRITTE REICH DES TRAUMS

Nymphenburger Verlagsbandlung, München 1966. 152 S., 14,80 DM.

Haben wirklich die meisten Menschen in Deutschland nicht gewußt, was in der Nazizeit passiert ist, wie sie behaupten? Charlotte Beradt, bis 1939 in Deutschland, seitdem in New York lebend, hat Träume von Deutschen während der ersten Jahre des Hitlerregimes gesammelt. „Meine Sammlertätigkeit erstreckte sich bis 1939, dem Jahr, in dem ich Deutschland verließ. Übrigens unterschieden sich die Träume aus dem Jahr 1933 nicht sehr von denen aus späteren Jahren. Meine aufschlußreichsten Beispiele stammen aber aus der ersten Zeit des noch leisetretenden Regimes, aus seinem Urzustand... Da über dreihundert Personen erfaßt worden sind, darf man nach den Prinzipien der Meinungsforschung darauf schließen, daß vom Dritten Reich eine große Zahl von Menschen zu ganz ähnlichen Träumen verurteilt worden sind“, sagt sie und bemerkt über die Methode, sie zu deuten: „Heute begrüße ich es, daß ich mein Material erst zu einem Zeitpunkt zusammengestellt und bearbeitet habe, an dem das zeitgeschichtliche Beobachtungsmaterial — Fakten, Berichte, Dokumente — vorlag, wie die sich darauf stützenden wissenschaftlichen Arbeiten und Erkenntnisse, mit deren Hilfe ich versuchen konnte, auf einem neuen Weg, dem der Traumdokumentation, psychologische Reaktionen und typische Verhaltens-

weisen von Individuen, die unmittelbare Wirkung totaler Herrschaft auf den einzelnen Beherrschten, zu zeigen. .. Unsere Träumenden setzen sich nicht mit Konflikten in ihrem privaten Bereich auseinander, schon gar nicht mit denen der Vergangenheit, die ihre Person etwa krank gemacht hätten, sondern mit Konflikten, in die der öffentliche Raum mit seiner durch halbe Kenntnisse und halbe Ahnungen, Fakten und Gerüchte und Vermutungen gestauten Erregung sie getrieben hat.“

Nicht nur, daß wir aus diesen Träumen erraten können, wieviel „halbe Kenntnisse und halbe Ahnungen, Fakten und Gerüchte“ über die Wirklichkeit bereits 1933 im Schwange waren, sie enthüllen auch die Anpassungen, die im Unterbewußtsein vollzogen wurden, so daß die Angepaßten nunmehr selbstverständlich und im Sinne des Regimes agierten. Die Träume haben die Träumenden einstmals gewarnt, aber nun, da das Dritte Reich vergangen ist, legen sie den Mechanismus von Betrug und Selbstbetrug der Deutschen frei.

Schon 1933 ist der Zwang zur Selbstzensur wirksam. In den Träumen wird das Leben wandlos, alles wird mitgehört und mitgesehen, der Ofen, das Sofakissen usw. denunzieren ihre Besitzer; damit man nichts sagen kann, was einem Unannehmlichkeiten machen könnte, sagt man es im Traum in einer Sprache, die man selbst nicht versteht; den notwendigen Widerstand träumt man als von Ausländern geleistet oder er entpuppt sich, hat man ihn selbst getan, beim Erwachen als völlig nichtig und eher beschämend. Die Träume werten auch auf, z. B. „Mischlinge“, die in ihnen endlich anerkannt werden, oder Dunkelhaarige, die doch Freunde finden, die blond und blauäugig sind. Frauen träumen, daß Hitler sie streichelt o. ä., obwohl sie nicht in der Partei sind usw. Das letzte Kapitel ist träumenden Juden gewidmet, die ihr Schicksal in Deutschland oder in der Emigration vorausträumen.

Der letzte im Buch wiedergegebene Traum wurde 1960 nach einem beängstigenden politischen Vortrag von einer jungen Frau geträumt, „die mit der Vergangenheit des Dritten Reiches weder durch Angst noch durch Schuld verbunden“ war. Sie erkennt im Traum die Ausführenden des Regimes nicht und sagt zu sich: „Ich hatte gehofft, ich würde euresgleichen sofort erkennen können, wenn ihr das nächste Mal kommt. Daß ich es nicht konnte, ist meine Schuld.“ Dazu sagt Charlotte Beradt: „Das ist auch die Lehre all der im Dritten Reich geträumten politischen Fabeln, die ja, wie jede Fabel, nicht nur Aufschlüsse enthalten, sondern auch Warnungen ...“

Dies Buch ist eine Warnung, aber auch eine Enthüllung der deutschen Selbsttäuschungen. Ein notwendiges und aufschlußreiches Buch.

Annemarie Fabian

FRANCISCO AYALA:
SPANIEN HEUTE

Luchterhand-Verlag, Neuwied, 1967. 64 S., kart. 5,80 DM.

Diese in der seit kurzem erscheinenden Reihe „Soziologische Essays“ publizierte Studie über Spanien ist eine lohnende Lektüre.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe — der spanische Autor lebt und lehrt in den Vereinigten Staaten — ist ein Bekenntnis zum Deutschland der Weimarer Zeit enthalten. Spanien hat immer nach Deutschland gesehen, seine fortschrittlichen Kräfte auf die Weimarer Republik, seine Totengräber auf das Dritte Reich. Wir werden uns anstrengen müssen, unseren Platz auch in der Zukunft, vor allem bei der spanischen Jugend, zu behaupten.

Aus der Schrift von Ayala wird erkennbar, daß die Kräfte von vorgestern und

gestern am Ende sind. Aus diesem Spanier spricht ein ungebrochener Glaube an das spanische Volk, an seinen Willen, die Zukunft gemeinsam mit dem modernen Europa zu gestalten.

Ayala reizt auch manchmal zum Widerspruch, z. B. wenn er meint, daß die feudalen Kräfte, der Großgrundbesitz und die Kirche ihren beherrschenden Einfluß bereits vor 3er Republik verloren gehabt hätten. Ich glaube, daß Ayala hier zu sehr Städter und Intellektueller ist, zu stark Republikaner und an den Fortschritt glaubend.

Ayala gibt für den, der sich mit der spanischen Geschichte befaßt hat, viele neue Aspekte. Ich bin sicher, daß für jene, die nur wenig von Spanien kennen, vielleicht nur die Sonnenstrände, diese Schrift wertvolle Aufschlüsse über das Spanien von gestern, heute und morgen vermittelt.

Peter Blachstein